

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mfg. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mfg.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizelle 40 Mfg.

Nummer 44.

Berlin, den 3. November 1907.

8. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

II. Deutscher Arbeiterkongress. — III. Delegiertentag der
christlichen Gewerkschaften Schlesiens. — Rundschau: Der
Vorstand des Arbeitgeberverbandes. Herr Bued und die christ-
lichen Gewerkschaften. Steine auf den Einigungsweg. Schwärze
Äpfeln. Sozialdemokratische Verdrehungs- und Verleumdungssucht
Religion ist Privatsache. Ein Eisenbahnerstreik. — Wirt-
schaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: München,
Medlinghausen. Düren. Neustadt. Auhorst. Kassel. Wipper-
feld. Gummersbach. Rheinberg. — Soziales. — Soziale
Wahlen. — Baumfälle. — Literarisches. — Briefkasten. —
Selbstmord. — Abrechnungen. — Besammlungs-
kalender. — Sterbetafel. — Anzeigen.

II. Deutscher Arbeiterkongress.

Vorüber sind die ersten Tage des Kongresses. Im
Allgemeinen können sämtliche Veranstaltungen als ge-
lungen bezeichnet werden. Schwere wiegt jedoch der
moralische Erfolg. Als Antwort auf das an den Kaiser
geschickte Telegramm ging folgende Antwort ein:

„Ich bitte den Vorstand, dem Zweiten Deutschen Arbeiter-
kongress für den Ausdruck treuer Anhänglichkeit und nationaler
Gesinnung meinen wärmsten Dank auszusprechen. Ich freue
mich, daß auf dem Kongress eine so ansehnliche Zahl patriotisch
führender deutscher Arbeiter vertreten ist und wünsche den Ver-
handlungen des Kongresses einen guten Erfolg zum Segen der
Arbeiterschaft wie des gesamten Vaterlandes.“

Wilhelm I. R.“

Eine eingehende kritische Würdigung des Ganzen be-
halten wir uns vor; für heute geben wir nur eine kurze
Übersicht über die an beiden Tagen gepflogenen Verhand-
lungen.

Kollege Stegerwald gibt zunächst einen Ueberblick über
die allgemeine sozialpolitische Lage. In großen Zügen
entwirft er ein Bild der verhältnismäßig spät, dafür aber
mit unso größerer Energie in Deutschland einsetzenden Ent-
wicklung. Dem hierdurch geschaffenen und bedeutsamen
Stand der Lohnarbeiter stand das Bürgerium verständnis-
los gegenüber. In dem freien Spiel der Kräfte sah man
den vollkommensten Zustand wirtschaftlicher Tätigkeit, und
wurde die Gesetzgebung bis tief in die zweite Hälfte des
18. Jahrhunderts davon beeinflusst. Das bildete den
günstigen Boden der Unzufriedenheit und der Agitation
der Sozialdemokratie. Eine kraftvolle Sozialpolitik, die
weder vom Dank oder Un dank abhängig gemacht werden
darf, liegt nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern
des gesamten Wirtschaftslebens unseres Vaterlandes. Ins-
besondere ist die Einordnung der Arbeiterklasse auf dem
Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen
Rechtsgleichheit eine absolute Notwendigkeit. Und hin-
sichtlich der öffentlich-rechtlichen Stellung der Arbeiter ist
Deutschland gegenüber den meisten modernen Kulturstaaten
noch rückständig.

Die letzten Jahre waren äußerst arm an sozialpolitischen
Leistungen, und ist von den Forderungen des Frankfurter
Kongresses bisher keine verwirklicht worden. Im Gegen-
teil hat der preussische Landtag, mit der Behandlung der
Berggesetz- und Knappschaftsnovelle, eine starke Erbitterung
unter den Arbeitern hervorgerufen. Ausnahme-
bestimmungen wie der § 23 des Einkommensteuergesetzes
und die Besteuerung der Konsumvereine haben Annahme
gefunden. Die vorjährige Vorlage betreffend die Rechts-
fähigkeit der Berufsvereine war unbefriedigend; hoffent-
lich kommt man auch bei den angekündigten Vorlagen über
ein Reichsvereinsgesetz und Arbeitskammern mehr ent-
gegen. Der ominöse § 153 der Gewerbeordnung mit seiner
eigenartigen Handhabung besteht immer noch. Wir unter-
streichen daher die Forderungen des Frankfurter Kon-
gresses neuerdings. Auch gegen einen Koalitionszwang,
wie er in dem Chemigraben- und Buchdruckerartikeln be-
gründet ist, wodurch christliche Arbeiter gezwungen wer-
den, sich einer sozialdemokratischen Organisation anzu-
schließen, müssen wir uns wenden. Für die Angestellten
des Staates verlangen wir uneingeschränktes Organi-
sationsrecht.

Sozialpolitische Gesetzentwürfe liegen zurzeit dem
Reichstag vor über das Hilfskassengesetz, Regelung der
Zigarren-Hausindustrie, sowie die Novelle zum Unter-
stützungswohnsitz. Angekündigt wurden am 11. April d. J.
vom ehemaligen Staatssekretär Grafen Posadowski: Re-
gelung der Vereins- und Versammlungsrechte, Kodifi-
kation der Sozialversicherungsgesetzgebung, Nachtrüge der
Frauen nach Maßgabe der Berner Konvention, Revision
der Bestimmungen über die Sonntagsruhe, zehnstündiger
Arbeitstag der Frauen, Witwen- und Waisenversicherung.
Da der Verschmelzung der drei großen Versicherungsarten
große Schwierigkeiten und Bedenken im Wege stehen, wird
man zweckmäßiger eine Vereinfachung derselben fordern.
Insbesondere eine größere Zentralisation der Kranken-
kassen, Mitwirkung der Arbeiter an der erstinstanzlichen
Rentenfestsetzung bei der Unfallversicherung, sowie
Vänderung der bürokratischen Organisation der In-

validenversicherung. Der zehnstündige Maximalarbeitstag
ist nicht nur für Frauen, sondern auch für die männlichen
Arbeiter einzuführen. Eine gründliche Aufbesserung der
Gehälter der unteren Staatsbeamten ist dringend erforder-
lich, außerdem eine größere Sicherstellung der Privat-
beamten. Im Speziellen müssen wir fordern: Die
Schaffung einer modernen Geständordnung, ent-
sprechend unserer heutigen Rechtsanschauung; für die
hunderttausende in Deutschland tätigen Ausländer ein
Fremdenrecht, das diese bei Streiks und
Aussschreitungen vor behördlicher Willkür schützt;
bei den sozialen Wahlen ist allgemein das
Proportionalsystem in Anwendung zu bringen und
für die Kontrolle der Betriebe des Handelsgewerbes
Handelsinspektoren einzuführen.

Die energische Vertretung dieser Forderungen ist Auf-
gabe der auf dem Kongress vertretenen Korporationen. Zu
diesem Zweck sollen sie auf ihre weitere Ausdehnung und
erfnthafte Betätigung in den ihnen zuzugewandten politischen
Parteien bedacht sein. Die Lösung muß sein: Gegen
Herrenmenschenstum von oben, gegen Klassenkampf von
unten, für sozialen Fortschritt.

Die Diskussion förderte eine Menge von Beschwerden
gegen Behörden, Unternehmer usw. zutage. Prinzipielle
Einigkeit herrschte auf der ganzen Linie, mit Ausnahme
des Vertreters der katholischen Fachabteilungen; er brachte
eine Reihe von Bedenken vor und widersprach einem unein-
geschränkten Koalitionsrecht. Die gelben Gewerkschaften
ersuchen ihn ungefährlich. Das erfuhr scharfen Wider-
spruch, wie überhaupt ein spontaner Anruf gegen die
Gelben zutage trat, auch eine dementsprechende Resolution
Annahme fand.

Einen Einblick in die zurzeit noch bestehende Sonntags-
arbeit bot das treffliche Referat des Kollegen Döring-
Hamburg vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-
verband. Mit Recht bezeichnete er den freien Sonntag
nicht nur als eine Frage der Gesetzgebung, sondern auch
der Gesinnung. Es muß als Skandal bezeichnet werden,
wenn in den deutschen Häfen an allen Sonn- und Feier-
tagen im Jahre, mit Ausnahme des ersten Weihnachtstages
gearbeitet wird. In anderen Häfen wie London
und Rotterdam, ist dagegen die völlige Sonntagsruhe ein-
geführt. Im Binnenschiffahrtsbetrieb ist keine gesetzliche
Regelung der Sonntagsarbeit bis heute getroffen. Die
Angestellten im Gast- und Schankwirtschaftsbetrieb ent-
behren noch völlig eines rechtlich gesicherten Anspruchs
auf Sonntagsruhe. In anderen in Betracht kommenden
Berufen ist seit Jahren auch nicht der geringste Fortschritt
zu verzeichnen. Am Ueberretungen der zurzeit bestehenden
Verordnungen zu verhindern, sind die heutigen niedrigen
Strafbemessungen durchaus nicht hinreichend. Es ist daher
dringend zu wünschen, daß hier bald möglichst gesetzliche
Veränderungen getroffen werden. Die christlich-nationale
Arbeiterbewegung hat die Pflicht, unser Volk zu der Achtung
vor dem Sonntag zu erziehen. Daher kämpfen wir um
die Sonntagsruhe an den sämtlichen Sonntagen und den
hohen christlichen Feiertagen des Jahres.

Ueber den Arbeiterschutz in der gesundheitschädlichen
und schweren Industrie referierte der alte Gewerkschafts-
kämpfer Wieber. In herben, von Sarkasmus getragenen
Worten entrollt er ein Bild der düsteren Verhältnisse der
in der schweren Industrie beschäftigten Arbeiter, welche
er in folgende Resolution zusammenfaßt:

„In Erwägung, daß in der schweren und gesundheitschäd-
lichen Industrie infolge des forcierten Produktionsprozesses,
der harten, langen und schweren Arbeit, der damit verbun-
denen großen Hitze und giftigen Gase, die Unfälle und Kran-
kheiten eine ungeheure Steigerung erfahren, desgleichen die
Kraft der Arbeiter vor der Zeit aufgegeben, sanitäre und hygie-
nische Einrichtungen vielfach mangelhaft sind oder gänzlich
fehlen, die Koalitionsfreiheit sowie Freizügigkeit der Arbeiter
immer mehr gefährdet wird;

In weiterer Erwägung, daß die schwere Industrie eine
Entwicklung genommen, die bezüglich Produktionssteigerung,
Prosperität sowie Ertragnisse der Reingewinne für angelegte
Kapitalien alle anderen Erwerbszweige überflügelt, mithin
dieses in der Lage ist, weitere materielle Aufwendungen zu
Gunsten der beteiligten Arbeiter ertragen zu können; er-
läßt der zweite deutsche christlich-nationale Arbeiterkongress
einen erweiterten Arbeiterschutz in genannter Industrie für
unbedingt erforderlich. Insbesondere ist dringend geboten,
eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Einführung der acht-
stündigen Schicht für Feuer-, Hütten- und Hochofenarbeiter,
bessere sanitäre und hygienische Einrichtungen in den Betrieben,
Vorbeugung von Unfällen durch stärkere Unfallverhütungs-
vorschriften und Kontrolle seitens der Fabrikinspektoren unter Hin-
zugiehung sachkundiger Arbeiter, Einschränkung der Sonntags-
und Verbot der Frauenarbeit, Verschärfung des Mißbrauchs
der Wohlfahrts-Einrichtungen und Spernmaßregeln zum Nach-
teil der Koalitionsfreiheit usw.

Der Kongress begrüßt daher das Vorgehen der arbeiter-
freundlichen Parteien im deutschen Reichstage zu Gunsten dieser
Arbeiter und erwartet, daß die Reichsregierung dem einstim-
migen Beschluß des Reichstags vom 16. April 1907 baldige
Folge geben und Erhebungen über die Lage und die gesund-
heitlichen Verhältnisse der Walzwerks- und Hüttenarbeiter vor-
nehmen wird, insbesondere:

1. über die Einwirkung der Arbeit in diesen Anlagen, na-
mentlich der Feuerarbeit auf Gesundheit und Leben der
Arbeiter (Krankheits- und Unfallgefahr);

2. über die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, der
Besehbenen Wasch- und Badeeinrichtungen, Speiseräume
und so weiter;
3. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der (monat-
lich, jährlich) verfahrenen Schichten, Umfang der Lieber-
arbeit, Zahl der daran beteiligten Arbeiter und der auf
den einzelnen entfallenden Lieberstunden resp. Lieber-
schichten;
4. über die Möglichkeit der Einführung der achtstündigen
Arbeitszeit für schwere Feuerarbeiten;
5. über die Durchführung der Bestimmungen betreffs der
Sonntagsruhe, mit dem Ziel der möglichen Einschränkun-
gen der Sonntagsarbeit;
6. eine ent-...ende Bundesratsverordnung auf Grund des
§ 120 und 139 a der Gewerbeordnung zu erlassen.

Der Kongress hegt das Vertrauen zum Deutschen Reichs-
tage, daß derselbe allen Nachdruck auf die Durchführung dieser
seiner Beschlüsse zu legen geneigt ist.

Des ferneren erhebt der Kongress gegen das sogenannte
Sperrsystem, wodurch abgelegte Arbeiter monatelang auf an-
deren Werken keine Beschäftigung erhalten, wie es zurzeit schon
teilweise besteht und weiter einzuführen versucht wird, ent-
schieden Einspruch.

Durch dieses Sperrsystem werden die Arbeiter materiell
auf's Schwere geschädigt, die Freizügigkeit wird in ungesicherter
Weise unmöglich und die durch die Gewerbeordnung garantierte
Freiheit des Arbeitsvertrages illusorisch gemacht.

Der Kongress verlangt von der Regierung und dem Parla-
ment geeignete Maßnahmen, um einen großen Teil des deut-
schen Volkes vor schwerem Nachteil zu bewahren.

In der Erkenntnis, daß besserer gesetzlicher Arbeiter-
schutz, sowie der Schutz der Koalitionsfreiheit gegenüber un-
gerechten Maßnahmen von Werken nur zu erreichen ist durch
eine starke gewerkschaftliche Organisation, werden die Hütten-
und Walzwerksarbeiter aufgefordert, der christlich-nationalen
Arbeiterbewegung beizutreten.“

Hieran schloß sich ein ergänzendes Referat des Kollegen
Effer über die derzeitige Lage der Bergarbeiter und die
durch die Ablehnung des Knappschaftsstatuts entstandene
Situation.

In der Diskussion wies Kollege Schmidt-Berlin be-
sonders auf die mit schweren Gefahren für Leben und
Gesundheit verbundenen Feuerungsarbeiten der Maurer
in den Hochöfen usw., hin, und unterzog die Behandlung
derselben durch die Ingenieure einer scharfen Kritik.

Als letzten Punkt der Tagesordnung behandelte Fr.
Graz-M. Glabach die Arbeiterinnenfrage. Die Zahl der
im gewerblichen Leben, vornehmlich in der Industrie, be-
schäftigten Frauen ist in ständigem Wachstum begriffen.
Von 737 755 in 1895 ist die Zahl derselben auf 1 176 421
in 1905 gestiegen. Die Arbeiterinnenfrage bildet daher
einen Hauptbestandteil der Arbeiterfrage überhaupt. Das
bedenklichste dabei ist die große Zahl der verheirateten
Frauen und Mütter. Die Ursachen der Frauenarbeit sind
verschieden. Liegen sie zum Teil in der technischen Ent-
wicklung, so steht auch mit im Vordergrund ihre Billig-
keit und Willigkeit. Das eiserne „Mug“, die Not des Lebens
erhöht das Angebot. Neben der Fabrik besteht die haus-
industrielle Tätigkeit.

Die Gefahren der Frauenarbeit sind bekannt; un-
günstig werden dieselben noch beeinflusst durch die lange
Arbeitszeit und ungenügende Entlohnung. Von größter
Tragweite sind die geistig-sittlichen Gefahren für die heran-
wachsende Jugend, und das Familienleben überhaupt. Ein
Mädchen, das nur die Fabrik gekannt hat, wird nicht immer
den Aufgaben der Hausfrau und Mutter gerecht werden
können. Das liegt jedoch nicht in ihrer Schuld, sondern
in dem Entwicklungsgang. Es muß daher durch Gesetz-
gebung, Charitas und Selbsthilfebestrebungen für die
Besserstellung der Arbeiterinnen eingetreten werden. Pflicht
der männlichen Arbeiterschaft ist es, hier mit Hand und
Berk zu legen. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen inner-
halb der weiblichen Erwerbstätigen müssen insbesondere
gefördert werden; Hand in Hand mit diesen, muß sich die
geistig-sittliche Erziehung in konfessionellen Arbeiterinnen-
vereinen vollziehen.

Eine anregende Diskussion, an der sich vornehmlich
Frauen beteiligten, beschloß den sachlichen Teil des Kon-
gresses. Nach der Annahme einer Reihe von Resolutionen
und einem glänzenden Schlusswort seitens des Kollegen
Stegerwald, wurde der Zweite Deutsche Arbeiterkongress
mit dem von hoher Begeisterung getragenen Siede „Deutsch-
land, Deutschland über alles“ geschlossen.

III. Delegiertentag der christlichen Gewerkschaften Schlesiens.

Unter großer Beteiligung aus allen Bezirken der Provinz
tagte dieser am 13. Oktober in Oppeln. Vorausging eine vom
Ortsratell einberufene, von etwa 300 Personen besuchte Ver-
sammlung, in der Generalsekretär Stegerwald-Köln über „Die
Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften für den Arbeiter-
stand“ in erschöpfender Weise referierte, und die einen im-
ponenten Verkauf nahm. Die anwesenden Gegner hatten trotz
wiederholten Aufforderns nicht den Mut zu einer Entgegnung,
und konnte der Leiter der Versammlung konstatieren, daß auch die
Gegner mit den Ausführungen einverstanden waren. Es war
je ein Beamter der freien Gewerkschaften und der katholischen
Fachabteilung anwesend.

Nachmittags gegen 2 Uhr eröffnete im „Hotel Schwarzer Adler“ Gewerkschaftssekretär Gloger-Breslau mit einleitenden Begrüßungsworten die eigentlichen Verhandlungen. Anwesend waren 95 Delegierte, als Vertreter des Gesamtverbandes Generalsekretär Stegerwald. Nach Bildung des Bureaus berichtete Gloger-Breslau über den ersten Punkt der Tagesordnung: Gegenwärtiger Stand und weitere Aufgaben unserer Bewegung in Schlesien. Vorhanden sind 131 Ortsgruppen mit rund 7500 Mitgliedern. Die Tatsache, daß auf dem Delegiertentag 1905 nur 2300 Mitglieder vorhanden waren, muß ein Gefühl der Befriedigung erwecken. Bester Fuß ist nun in allen Teilen der Provinz gefaßt und wird fleißig an der Festigung der erlangenen Positionen gearbeitet. Kartelle, deren 1905 drei bestanden, sind nun elf vorhanden und weitere Erklärungen folgen in Kürze. Ein größerer Teil der Kollegen ist nun auch fähig agitatorisch tätig zu sein, nur muß die Sache zuvor überwunden werden. Aber nicht nur ziffermäßig ist es vorangegangen, auch in gewerkschaftlicher Betätigung ist unser Erfolg groß, so daß jeder Delegierte mit neuem Eifer für die Ausbreitung unserer Bewegung zu arbeiten verpflichtet ist. Es folgten noch Darlegungen der einzelnen Gebiete, in denen wir in dieser oder jener Weise noch vorwärts müßten.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Aufgaben der Zahlstellen-Vorstände und Vertrauensmänner in der inneren Verwaltung und Agitation“, erstattete Kollege Müller-Neustadt das Referat. Um Fortschritte zu erzielen, ist vor allem nötig, daß die Vorbenannten sich bemühen, die Geschäfte der Zahlstellen tadellos zu erledigen, dann werden überall Fortschritte zu verzeichnen sein, und kann auch der freigestellte Beamte zum Zweck der Errichtung neuer Zahlstellen mehr einfließen werden. Nach Skizzierung der Aufgaben des Vorsitzenden, Kassierers, Schriftführers usw. wird auch auf Anschaffung von Bibliotheken hingewiesen, damit intelligente, strebsame Mitglieder Gelegenheit zur Weiterbildung erhalten, und bei Unterrichtskursen das nötige Material zur Verfügung steht. Die Mittel hierzu aufzubringen, muß die Kollegenchaft sich angelegen sein lassen, und dabei nicht knausern. An Orten, wo Kartelle sind, muß jede Zahlstelle sich anschließen und für die Gesamtbewegung zu wirken als ihre erste Pflicht betrachten. Vorstände und Vertrauensmänner müssen hier unter Mitgliedern aufklärend wirken, um zum Ziele zu gelangen.

In der folgenden regen Diskussion über die zwei Referate gab insbesondere Kollege Stegerwald Ratschläge, wie in Schlesien trotz der schwierigen Situation, die vor Jahrzehnten dori, wo heute starke Organisationen anzutreffen sind, genau so waren, Erfolge in der Aufklärung der Arbeiterschaft erzielt werden können. Dringend nötig ist, daß die Vorstände jeden Monat eine Sitzung abhalten, das herausgegebene „Handbuch der christlichen Gewerkschaften“ gibt auf jede Situation Auskunft, und muß jeder Zahlstellenvorstand mit dem Inhalt sich vertraut machen.

Punkt drei der Tagesordnung: „Unsere Stellung zu den gegnerischen Organisationen“ behandelte Koll. Ehrhardt-Rattow in längerer Ausführung. Am besten ist es: überall unser Programm ausführlich und klar darzulegen; so kommen wir am besten vorwärts. Notwendig ist bei den „freien“, d. h. soziald. Gewerkschaften größte Vorsicht bei Führung von Lohnkämpfen zu üben, da jene jede Gelegenheit benutzen, um uns Schaden zuzufügen. Die „D.“, die meistens nur Feste feiern und Unterhaltungszielen dienen, kommen bei uns nicht in Betracht. Die kath. Fachabteilungen, welche gegründet sind zur Vernichtung der christlichen Gewerkschaften, sollen nicht unterschätzt, auf keinen Fall aber auch überschätzt werden, zumal sie in der letzten Zeit sich nur als Streikbrecherorganisationen entpuppt haben. Den kathol. Arbeitern überall ihre Sünden klar vor Augen führen, die Erfahrung hat uns schon gelehrt, und wird weiter den Beweis liefern, daß auch der schlesische Arbeiter sich auf die Dauer nicht beirren lassen läßt. Eine Wendung wird von uns allerdings eintreten müssen, da schon vielfach unsere Mitglieder aus den Vereinen „Süd Berlin“ ausgeschlossen wurden; ruhig hinnehmen brauchen wir dies nicht. Aus der Konferenz heraus wurde dann noch besonders die in Meisse erscheinende „Mitteldeutsche Arbeiterzeitung“ zum Abonnement für die katholischen Arbeiter empfohlen, selbige erscheint in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Da unsere Mitglieder aus den „Berliner“ Vereinen hinausgestoßen werden, soll auf diese Weise ihnen eine Zeitung zur Festigung ihrer religiösen Ueberzeugung in die Hand gegeben werden. (Zu überlegen bleibt noch, ob nicht auch weitere kathol. Arbeitervereine in Schlesien ohne „Süd Berlin“ möglicherweise errichtet werden, um der Arroganz der Berliner entgegenzutreten. D. S.) Nach Erledigung einiger Anträge war die Tagesordnung erledigt, und wurde nach einem begeisterten Schlusswort des Kollegen Stegerwald, in dem er nochmals die künftige Agitationsarbeit jedem Delegierten ans Herz legte, mit einem dreifachen Hoch der Delegiertentag geschlossen.

Zweifellos hat die Zusammenkunft ihren Zweck, die einzelnen Delegierten mit neuer Begeisterung für unsere Bewegung zu erfüllen, und Anregungen für praktische Arbeit gemeinsam mit Vertretern aus den verschiedenen Bezirken zu erhalten, erfüllt. Wenn nun in dieser Weise jeder Delegierte sich das Schlusswort des Kollegen Stegerwald: „Dann ist die Sache für die Zukunft gesichert, geht begeistert hinaus und erfüllt eure Pflicht, in die Tat umzusetzen, dann wird auch diese Konferenz reiche Früchte tragen.“

Rundschau.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes

für das Baugewerbe an der Unterweser hielt nach der „Gesellschafts-Zeitung“ am 18. Oktober eine Versammlung ab, zu der auch die Vertreter der einzelnen Gewerke geladen waren. Als Gastherrscher stand die Vorberatung über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vom 1. Januar 1908 an zur Verhandlung. Sämtliche Anwesende waren sich darin einig, daß für die Verbesserung der Wohnverhältnisse etwas getan werden soll, und zwar wird den demnächst einzuberufenden Gruppenversammlungen aller Gewerke eine Lohnverhöhung von durchschnittlich 5 Pf. pro Stunde vorgeschlagen werden. Bezüglich der von der organisierten Arbeiterschaft immer wieder verlangten Verkürzung der Arbeitszeit wurde zum Ausdruck gebracht, daß nach wie vor an dem Prinzip der 10 stündigen Arbeitszeit festgehalten werden solle. Dagegen fand ein Vorschlag des Vorstandes, dem Beispiel der Architekten, Banken usw. zu folgen und die Betriebe am Sonnabend nachmittags von 1 Uhr ab ganz zu schließen, freundliche Aufnahme. Es wurde beschlossen, den zur Vorbereitung und Aufstellung dieser Frage zuzuhilfenahme Versammlungen dieses Vorschlag zur Annahme zu empfehlen. — Der Kampf gilt also auch hier in erster Linie der Arbeitszeit und doch wird man dem Verlangen der Arbeiterschaft auf die Dauer nicht widerstehen können. Das haben die Baumströmmer der Unterweser bei den Streikern erfahren müssen, und können sie darüber in nächst sehr bewegliche Tagen an. Wer auch ihnen wird die Stunde schlagen.

Herr Bred und die christlichen Gewerkschaften.

Je dem Geschäftsbericht des Zentralverbandes deutscher Bauhandwerker gibt Herr Bred, Generalsekretär genannter Verbandes, folgendes Urteil über die christlichen Gewerkschaften:

„Den christlichen Gewerkschaften dient ihr Christentum nur als Anhängsel, um dahinter um so leichter ihre der Sozialdemokratie ähnlichen Verneinungen zu fördern.“

Mit Herrn Bred uns darüber auseinanderzusetzen, lehnen wir ab. Wir sagen nur: Es muß schon ein moralisch verlumpter Kerl sein, der einem anderen, selbst wenn er ein Gegner ist, derartiges unterstellt. Wir denken, das genügt.

Steine auf den Einigungsweg.

Während die anarcho-sozialistischen Zimmerer und Maurer geneigt sind, mit den Zentralverbänden sozialdemokratischer Richtung in Einigungsverhandlungen einzutreten, will eine Reihe anderer Berufe den Einigungsrummel nicht mitmachen. Dazu gehören die Tischler, Malierarbeiter, Tapezierer usw. In einer von der Freien Vereinigung der Tapezierer einberufenen Generalversammlung wurde einstimmig folgende Erklärung beschlossen: „Die heutige Generalversammlung der Freien Vereinigung der Tapezierer nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Machinationen einzelner Angestellter und Funktionäre der zur „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ gehörenden Schiffbauer-, Maurer- und Zimmererorganisationen. Sie ist der Meinung, daß die betr. Personen damit, daß sie geheim und öffentlich für den Anschluß an die Zentralverbände agitieren, gegen die Beschlüsse des 7. Kongresses verstoßen haben und sprechen ihnen deshalb jede Qualifikation ab, noch ferner als Vertrauenspersonen innerhalb der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften wirken zu können. Die Versammlung erwartet von den Mitgliedern der zur Freien Vereinigung gehörenden Berufe, daß sie unverzüglich Stellung nehmen gegen alle Personen, die für den Anschluß an die Zentralverbände plädieren, und soweit sie Vertrauensstellung bekleiden, sie dieser Posten zu entledigen.“

Freieberg wird also nicht ganz verlassen werden. Übrigens sind wir der Meinung, daß, wenn auch einige Berufsgruppen der lokalistischen Richtung sich den Zentralverbänden anschließen, an deren Stelle neue treten werden. Die Ideen der Anarcho-sozialisten sind nicht mehr auszuweichen. Und zu diesen werden sich immer wieder die, welche mit irgend etwas in ihrer heutigen Organisation unzufrieden sind, gesellen.

Schwarze Listen

hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München über eine Anzahl sozialdem. Bauhilfsarbeiter herausgegeben, welche des Tarifbruches für schuldig befunden worden waren. Letzteres wurde vor dem Einigungsamt konstatiert, und von der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisation anerkannt. Den tarifbrüchigen Arbeitern wurde aufgegeben, ihre alten Arbeitsstellen, da es sich um Waußperren handelte, wieder einzunehmen, andernfalls sie nach dem Beschluß einer früheren Sitzung von dem sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverband ausgeschlossen werden müßten. Sie nahmen die Arbeit jedoch nicht auf, und ausgeschlossen wurden sie ebenfalls nicht, vielmehr unterstützt. Daraufhin setzte sie der Arbeitgeberverband auf die schwarze Liste. Die roten Verbände beantragten daraufhin eine Sitzung des Einigungsamtes; der Sekretär des Arbeitgeberverbandes erschien, jedoch lehnte er ein Eintreten in die Verhandlungen ab; er bezeichnete vielmehr das Vorgehen der Kommission der Arbeiter selbst als tarifbrüchig, indem sie sich jener als schuldig befundenen Arbeiter, welche sich nicht dem früheren Uebereinkommen unterworfen haben, angenommen hätten. Darüber schlägt nun die rote Presse ein lautes Damentum an, rehet von Bergewaltigung usw. Wir fragen nun: Ist das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes zu verurteilen? — Wer auch nur einigermaßen gerecht sein will, kann das nicht bezagen. Denn so, wie es hier von soziald. Seite versucht wird, kann die Handhabung der Verträge nicht vor sich gehen. Ein Vertrag setzt Rechte und Pflichten beiderseitig fest; wenn die Arbeiter des Tarifbruches für schuldig befunden werden, dann haben sie sich auch den Schiedssprüchen der Einigungsinstanzen zu fügen evtl. die Folgen zu tragen. Man kann es den Arbeitgebern keineswegs verdenken, wenn sie, die selbst den Vertrag einhalten, sich gegen derartige Widrigkeiten wehren. Diese Vorkommnisse sind keineswegs geeignet, den Tarifgedanken populär zu machen, und denselben zu vertiefen. Wir glauben an mancherlei Vorkommnissen und Neuierungen von soziald. Seite in letzter Zeit schließen zu müssen, daß dort eine Verleumdung und Verelendung unseres gesamten Tarifwesens beabsichtigt ist. Bedeutet das etwa ein Entgegenkommen der Gewerkschaft an die Partei? Wenn wirklich derartige Absichten vorhanden sind und greifbare Gestalt annehmen sollten, kann das nur zum größten Nachteil der Arbeiter sein; allen solchen Bestrebungen würden wir auf das Entschiedenste entgegenzutreten. Wir wollen heute nicht weiter darauf eingehen, werden es uns aber angelegen sein lassen, ein scharfes Auge auf diese Bestrebungen zu halten.

Sozialdemokratische Verdrehungs- und Verleumdungssucht.

In Nr. 288 der Königsberger sozialdemokratischen „Vollzeitung“ befindet sich der Bericht einer Gerichtsverhandlung aus Danzig, welcher die Kunde durch den sozialdemokratischen Blätterwald macht. Am 28. September hatten sich vor dem Schöffengericht in Danzig drei sozialdemokratisch organisierte Zimmerer, wegen Terrorismus gegen den christlich organisierten Zimmerer Tod, zu verantworten. Mangelnder Beweise halber wurden die drei freigesprochen. Da nun vor Gericht festgestellt wurde, daß der Bezirksleiter des christl. Bauhandwerkerverbandes, Tod, die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet hat, wird derselbe in dem Bericht als Demuziant bezeichnet und des Terrorismus beschuldigt. Dabei fallen in bekannter sozialdemokratischer Manier die beschimpfenden Worte wie: Fegler, infamer Lügner, Gladbacher Kaliber, Verleumder, Verfertiger usw. Kollé Tod schreibt uns hierzu: Ich stelle zunächst fest, daß ich die Anzeige im Auftrage des Tod gemacht habe. Und nicht nur diese, nein, ich habe noch drei ähnliche Fälle der Staatsanwaltschaft übergeben. Der Grund dafür war, daß der Terrorismus der sozialdemokratischen Verbände in gerabezu unerhörter Weise überhandnahm. Broschürenmachungen unserer Kollegen waren an der Tagesordnung. Als angestellter Beamter meines Verbandes aber habe ich die Interessen meiner Kollegen zu wahren.

Wir haben gegen dergleichen Fälle in Versammlungen und Zeitungen protestiert; aber alle unsere Warnungen blieben erfolglos. Nach der Erkenntnis, daß alle diese Demuzianten umsonst seien, haben wir uns genötigt, obwohl wir das selbst bedauern mußten, andere Wege einzuschlagen. Zum Beweis, wie weit die sozialdemokratischen Verbände der Bahn des Rechtes und der guten Sinne abgewichen waren, diene, daß einer derselben zu acht Tagen Gefängnis, ein anderer mit sechs Wochen, und ein dritter zu drei Monaten Gefängnis und acht Tagen Haft verurteilt wurden. Daß auch in diesem Falle Terrorismus vorlag, geht daraus hervor, daß der Angeklagte Janitz am 10. November 1906 vor Gericht erklärte, er habe nur dem Tod gesagt, sie (Janitz und Genossen) seien alle im freien Zimmererverband und arbeiteten mit keinem anderen organisierten zusammen. Es ist Johann unter Sperrdruck in angezogener Berichterstattung, der Baumströmmer. Wie habe unter allgemeiner Entzweiung vor Gericht festgestellt: Ein es Tages sei der christliche Gewerkschaftssekretär Tod zu ihm gekommen, habe die Entlassung der

freien Zimmerer gefordert und sich erhoben die Plätze mit „Christlichen“ zu besetzen. Obwohl der Vorsitzende und der Anwalt sich bemüht hätten, dem Reugen Weber Widerspruch zwischen seiner jetzigen Aussage und seiner früher vor dem Untersuchungsrichter zu Protokoll gegebenen Bekundungen nachzuweisen hätte Webe seine Bekundungen hochgehalten. Hierzu erkläre ich, daß ich den Herrn Webe persönlich nicht kenne, ihn daher auch nicht gesprochen haben kann. Da Herr Webe besagte Aussage gemacht, dann ist es Unwahrscheinlich, daß die Beschimpfungen meiner Person in dem Bericht, gehe ich nicht ein; ich weiß, daß unsere Sozialdemokraten ohne das nicht leben können. Und dieses Vergnügen will ich ihnen nicht rauben.

Religion in Privatsache.

Die Achtung vor der Ueberzeugung anderer seitens unserer Sozialisten ist unzweifelhaft bekannt. Besonders die Religion und deren Gebräuche sind es, welche von ihnen mit feinstem Haß und allem edelstlichen Spott verfolgt werden. Ein neuer Beleg dafür, wie weit die Verhöhnung bei ihnen vorgeschritten ist, lieferte ein Begräbnis in Mülhausen i. Elsaß. Mit dem verstorbenen Frau eines „freien“ Arbeiters gingen auch einige unserer Kollegen. Der Leichenzug begab sich auf den Friedhof und füllte die Totenkapelle bis auf den letzten Nagel. Als nun der protestantische Pfarrer die übliche Leichenrede hielt, führten sich eine Anzahl Genossen, indem sie lachten usw. derart föhrend auf, daß der Pfarrer diejenigen, denen das lächerlich vorkam, aufforbern mußte, die Kapelle zu verlassen, denn hier sei Gottesdienst. Nun ging das Mandalieren erst recht los, und ein alter Genosse rief: „Sähtbrat, Gott verdammt, halt jetzt emol d Schnurre mit dir Bable.“ — Der Pfarrer sah sich genötigt, sofort Schluss zu machen. Geweß wir es nicht weit gebracht? Ein Weh- und Schamgefühl ergriß die christlichen Sippen angesichts einer derartigen Rohheit. Da stehen fünf unmündige Kinder, welche den Tod der lieben Mutter schmerzhaft beweinen, daneben der Ausbruch eines solchen vom Haß eingegebenen Fanatismus. Nicht einmal mehr der Zwang der Religion, welche diesen Menschen Christusdacht einzuflößen, von der reinen Fortandspflicht ganz abgesehen. Früchte sozialdemokratischer Erziehung! Was wir in den letzten Tagen von sittlicher Verkommenheit aus den höchsten Kreisen unseres Vaterlandes erfahren mußten, und diese Zeichen von Verwöhnung von unten, lassen wirklich eine günstige Perspektive für Deutschlands Zukunft nicht zu.

Ein Eisenbahnerstreik

droht in England, der sehr ernste wirtschaftliche Folgen haben kann. Die organisierten Eisenbahngesellen wollen unter allen Umständen die Anerkennung ihrer Organisation durch die Eisenbahndirektionen durchsetzen, letztere aber weigern sich dessen durchzusetzen und treffen schon ihre Vorbeugungsmaßnahmen für den Fall eines Ausstandes, der durch diese Maßnahmen, die wir freizugehen, nur nähergerückt wird. Wenn man rein zahlenmäßig die Lage ins Auge faßt, so könnte es scheinen, daß die Organisierten, weil sie nur ein Fünftel aller Angestellten ausmachen, nicht in die Lage kämen, die Betriebe lahmzulegen, aber es sind doch gerade die im Betriebe notwendigsten Leute darunter, da auch der Fachverein der Lokomotivführer sich der Bewegung angeschlossen hat. Da nicht weniger als 16 Milliarden Privatkapital in den englischen Eisenbahnen steckt, kann man ermesen, was allein schon mit Rücksicht darauf ein Streik für Verluste herbeiführen würde. Das Handelsamt mit dem Minister Lloyd George an der Spitze hat sich jetzt noch keine Schritte zur Eintragung getan und wehrt sich sogar gegen bezügliche Gerüchte. Staatsbahnen gibt es in England nicht, dieselben ruhen vielmehr in den Händen einer Anzahl Privatgesellschaften.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugung fernhalten: Berlin, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Krefeld, Maurer, Weisenburg i. G., Aussperung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Landeshut (Maurer), Pagenan (Maurer), Elberfeld (Kieslenleger), Sperre über die Firma Rummenholler, Barmen-Mittlerhausen, Bodum (Sperre über Wingenfeld), Essen a. d. Ruhr (Schuldtore, Sperre über Zwischenmeister Helmerich und Heinemann und Kläs), Grefeld, Aussperung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, Siedingen und Murg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter).

Sperret ist das Baugeschäft Herrmann in Bischoffstein, Dühr. Elberfeld-Barmen. Ueber den Zwischenmeister Jeschkanowsky ist seitens der Kieslenleger die Sperre verhängt worden.

Bezirk Oberhausen.

Gladbeck i. W. Ueber die Firma Gebr. Schlüter (Studegeschäft) dahier ist die Sperre verhängt worden, weil dieselbe drei Kollegen, welche für den Verband eingetreten sind, entlassen hat und sich weigert, die Organisation anzuerkennen. Zureisende Kollegen werden gebeten, den Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Derselbe befindet sich im christl. Gewerkschaftshaus, Kirchplatz 1.

Bezirk Hannover.

Peine. Nachdem gemeinschaftliche Vorstandssitzungen stattgefunden, die sich mit dem kommenden Lohnstarif beschäftigten, fand auch am Sonnabend eine Mitgliederversammlung beider Organisationen statt, wozu auch die Leiter des Verbandes geladen waren. Es wurde beschlossen, den Arbeitgebern folgende Lohnforderung einzutreten: für Maurer steigt der Lohn vom 1. April 1908 ab auf 47 Pf., vom 1. 4. 09 auf 50 Pf. pro Stunde, (jetzt 44 Pf. pro Stunde) für Junggefellten im ersten Gesellenjahre 5 Pf. weniger. Für Wege über das Peiner Stadtgebiet soll pro Stunde 30 Pf. vergütet werden. Für Wasserarbeit, 10 Pf. pro Stunde, Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent, Feittage 100 Prozent Vergütung. Sonnabends soll 1/2 Stunde, vor den drei Feittagen 1 Stunde früher Feierabend, jedoch ohne Lohnabzug gemacht werden. Sämtliche Arbeiten werden in Zeitlohn ausgeführt. Hoffentlich gelingt es den Peiner Kollegen, durch einmütiges Zusammengehen, für nächstes Jahr einen vorteilhaften Tarif abzuschließen. Eine Lohnkommission beider Verbände wurde mit den weiteren Schritten beauftragt. Die Bauarbeiter des freien Verbandes in Peine wollen ihre Forderung allein (!?) einreichen. Ferner sind die Orte Herford, Döttingen, Duderstadt (mit sieben Zahlstellen), Mandelsloh und Kirchvorbis (mit zehn Zahlstellen) in die Lohnbewegung getreten. Diejenigen Zahlstellen, welche zum nächsten Frühjahr Lohnforderungen stellen wollen, haben dies schon jetzt unverzüglich dem Bezirksleiter zu melden, damit die erforderliche Statistik zum Gebrauch der Zentrale aufgenommen werden kann.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

München. (Tarifbruch.) Nach einer zweimonatlichen Aussperung im Baugewerbe Münchens im Jahre 1905 wurde ein bis zum 31. März 1908 gültiger Tarifvertrag abgeschlossen.

derselbe steht für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter minimal- und Durchschnittslöhne vor. Dieses System wird aber bei dem in Baugewerbe viel häufiger in anderen Gewerben vorkommenden und kaum zu vermeidenden Arbeitswechsel durch die bei jedem Bauprojekt steigende oder fallende Zahl der zu beschäftigenden Arbeiter stets zu Mißbilligungen und Differenzen führen. Über die Schwierigkeiten, welche infolge der dargelegten Wechselwirkungen im Baugewerbe durch die Minimal- und Durchschnittslöhne erzeugt werden, sind deshalb verhältnismäßig wenig Differenzen, die zu Arbeitseinstellungen und dergl. führen, vorgekommen. Erst in jüngster Zeit häuften sich Arbeitseinstellungen seitens der sozialdemokratischen Bauarbeiter. Dieselben entspringen verschiedenen Motiven. Drei unlängst erfolgte Arbeitseinstellungen gaben Anlaß, am 20. September 1907 in einer Sitzung des Einigungsamtes am Gewerbeamt München, die Frage aufzurollen, ob sowohl in letzteren angeführten, als überhaupt bei allen Arbeitseinstellungen Tarifbruch seitens der Arbeiterchaft vorliegt. Hierbei wurde vom Sekretär Bergmüller vom Arbeitgeberverband konstatiert, daß innerhalb 4 1/2 Monate 8 Arbeitseinstellungen und 21 Androhungen gemeldet worden seien. Bemerkenswert ist hierbei, daß derselbe in den Vordergrund stellte, die Arbeitseinstellungen seien vielfach deswegen erfolgt, weil den Forderungen der sozialdemokratischen Baubelegierten, Christlich- oder Nichtorganisierte zu entlassen, nicht stattgegeben wurde. Bedeutet schon ein derartiges Verlangen nach Aufhebung eines Tarifvertrages einen Verstoß gegen denselben, so muß es um so widerlicher erscheinen, wenn solche unzulässige, aber nach sozialdemokratischer Moral durchaus zeitgemäße Gelüste mit der Arbeitsniederlegung geknüpft werden. Und dies geschieht nicht von Einzelnen, sondern unter bewußter Führung der Baubelegierten. Dieselben haben laut dem Baubelegierten-Regulativ, herausgegeben vom Zweigverein München des soz. Maurerverbandes, dafür Sorge zu tragen, das von der Verwaltung übertragene gewissenhaft auszuführen. Hieraus ist somit zu schließen, daß die verschiedenen Klagen gegen die Christlichen aus der Mänschmiede der Verwaltung, wo die sozialdemokratischen Sozialbeamten die Zügel leiten, stammen. Oder hat die Ansicht des Ingenieurs Kellermeier (Beamter des Arbeitgeberverbandes) Grund, welcher bei fraglicher Verhandlung äußerte, es habe den Anschein, als ob die Führer (gemeint sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten) ihre Leute nicht mehr in der Hand hätten. Es soll hier keineswegs der Meinung gedenkt werden, als ob bei allen vorkommenden Differenzen die Arbeitgeber die Unschuldigen seien, aber in der Verhandlung mußte der Gauleiter Naumer vom soz. Zimmererverbande doch zugeben, daß eine Anzahl Uebergriffe (!!) seitens der freiorganisierten vorgekommen seien.

Die soz. Sozialbeamten Schäfer (Maurer) und Englbrecht (Zimmerer) machten für die Arbeitsniederlegung ausschließlich die Polizei verantwortlich, welche die Leute schlecht behandelte. Die Bauarbeiter seien doch auch Menschen usw. Ganz richtig! Es sei aber hier an Schäfer und Englbrecht die Frage gestellt, nachdem sie dieselbe am Gewerbeamt umgangen: Wer ist denn dafür verantwortlich zu machen, wenn wegen Nichterlassung der Christlichorganisierten die Arbeit niedergelegt wird? Doch ausschließlich die soz. Erziehungsmethode. Fühlen die Herren Genossenführer nicht von die Früchte, wozu sie den Samen gestreut haben? Dann weiter im Sinne Schäfer und Englbrechts: Sind etwa die Christlichorganisierten keine Menschen? Sind ihnen gegenüber Androhungen und Drohungen niedriger Art, welche von den Genossen am Bau täglich gegen sie ausgesprochen werden, etwa erlaubt? Mögen sich die Herren Genossen doch einmal in die eines Christlichorganisierten hineinbenden, welcher infolge seiner Ueberzeugung oft wochenlang von Bau zu Bau geht und, wie es im heurigen Jahre im Münchener Baugewerbe, Hunderten Malen vorgekommen ist. Und dann, wenn er keinen Ausweg mehr findet, wenn ihn die materiellen Sorgen für ihn und die Seinigen zu erstickten drohen, dann ergibt er sich einem Feinde, d. h. er tritt zum sozialistischen Verband über; nicht aus Liebe, sondern im Gegenteile mit Wut im Herzen. Um nicht in Verdacht zu kommen, die Polizei als die Unschuldigen hinzustellen, sei ausdrücklich betont, daß verschiedene Polizei sich gegenüber den Arbeitern Anmaßungen erlauben, die nichts weniger als human sind. Aber Leute, wie es ein großer Teil der soz. Bauarbeiter darstellt, welche solche Schandentatzen der Kultur - hoffentlich als abschreckendes Beispiel für kommende Geschlechter in Form von sozialdemokratischem Terrorismus errichten, haben keine Ursache, menschliche Gerechtigkeit und humane Behandlung zu verlangen. Mögen sich dieselben vor Augen halten, daß, wenn man Teufel ausreiben will, selbst rein sein muß. Werden wohl die Herren Genossenführer angefaßt der Tatsache, daß sie Protokolle unterschrieben und einem Schiedsrichter zugestimmt, der besagte, daß Tarifbruch von ihnen Unvertrauten wegen Nichterlassung Christlichorganisierten begangen worden ist, in Zukunft derartige Vorkommnisse mit allen Mitteln hintanzuhalten versuchen? Es wäre an der Zeit, ihren Getreuen die einfachen menschlichen Regeln des Anstandes beizubringen. Wir wollen sehen. Der „Bauhilfsarbeiter“ Nr. 40 schreibt unter der Ueberschrift: Ein Schiedspruch des Einigungsamtes München: Der dritte Fall betraf die Arbeitsniederlegung beim Baumeister Deigmeier, und es erging hier folgender Schiedspruch: Die Organisation der Bauhilfsarbeiter ist verpflichtet, die ausgetretenen Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern, im Wiederfall den Ausschluß aus der Organisation anzudrohen und sie eventuell aus der Organisation auszuschließen. Weshalb hat hier der Artikelschreiber unterschlagen, warum die Arbeitsniederlegung erfolgte? Dieselbe vollzog sich wegen Nichterlassung eines Christlichorganisierten! Gehalt das etwa aus Schamgefühl oder aus Ehrlosigkeit? U. A. u. g.

Reddinghausen. Am 5. Oktober tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Richter den Kassierenbericht vom dritten Quartal. Die Einnahme für die Verwaltungskassierkasse betrug 1644,42 Mk., die der Kassierkassierkasse 146,28 Mk. Bestand der Kassierkasse am Schlusse des Quartals 1149,44 Mk. Da die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigten, wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Hierauf gab Kollege Schröder den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug im Anfang des ersten Quartals 133, am Schlusse desselben 251; am Schlusse des zweiten Quartals 256; am Schlusse des dritten Quartals 211. Aufser vierzehntägigen regelmäßigen Mitgliederversammlungen, in welchen im ganzen 11 Vorträge gehalten wurden, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher der Bezirksleiter Koch das Thema behandelte, „Die Situation im Baugewerbe und unsere Stellung dazu“. Leiber war der Versammlungsbesuch ein sehr träger, was im Interesse unserer Bewegung, und im Hinblick auf das Jahr 1908 schärf zu verurteilen ist. Vielen Kollegen erscheint eben die systematische Kleinarbeit der Zahlstelle als überflüssig, die doch nur dann von fortschreitender Wirkung sein kann, wenn dieselbe einer ersten Periode der Versammlung unterzogen wird. Die regelmäßig abgehaltenen Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzungen erzielten dagegen einen besseren Besuch, und waren es gerade die Kassierer, welche den Vorstand, mit einigen Ausnahmen, eintrüger Tätigkeit unterzogen. Das Baubelegiertensystem wird wohl besser funktionieren können. Meistenteils hielten die Kollegen für ungewöhnlich, die Sitzungen zu besuchen, um sich Austausch gegenseitiger praktischer Erfahrungen die Ag-

tationsmethode zu veraten, und in planmäßiger Weise zu agitieren. Wenn auch die schlechteste Konjunktur, welche gerade in unserer Zahlstelle vorherrschend war und noch ist, manchem Kollegen Anlaß gegeben hat, seine agitatorische Tätigkeit hinter allerhand Gründen zu verschleiern, so muß auch während einer schlechten Konjunktur die Zusammengehörigkeit, getragen von dem Geiste echter Kollegialität, eine doppelt gesteigerte sein. Nach einer kleinen Diskussion wurde zur Vorstandswahl geschritten. Wiedergewählt wurde Woyz Richter als erster Kassierer, Bernh. Woyz als erster Schriftführer und die Kassierrevisoren Joh. Bernhart und Kollege Georg Fischer. Neugewählt wurde Otto Henkel als erster Vorsitzender, Kol. Sommer, Bauhilfsarbeiter, als zweiter Vorsitzender, Friedrich Niemann als zweiter Kassierer und Kol. Meier als zweiter Schriftführer. Unter „Verschiedenem“ wurde darauf hingewiesen, vor allem das Baubelegiertensystem besser zu betreiben, denn auch im Herbst ist es dringende Notwendigkeit, gegenwärtige Buchführung zu halten; durch falsche Sparbarkeit wird manchmal geküßelt. Auch glauben manche dadurch billiger wegzukommen, indem sie nach ihrer Abreise in die Heimat die dort niedrigeren Beiträge nachzahlen. Dieses ist unzulässig und statutenwidrig. Am 12. Oktober begann der vom Kartell aus geleitete Unterrichtskursus, der alle 14 Tage im Märkischen Hof stattfindet. Kollegen, wollen wir die gewerkschaftlichen Bestrebungen tiefer studieren und erkennen, dann hinein in die Unterrichtskurse, denn nur durch Schulung und Bildung können wir unsere Berufs- und Standesinteressen fördern, auch Andersgesinnten gegenüber manhaft vertreten. Mit dem Hinweis, mit neuem Mut das beginnende Geschäftsjahr zu vollziehen, wurde die Versammlung geschlossen, die von 88 Kollegen besucht war.

München. Am Sonntag, den 13. Oktober, fand im Lokale des Herrn Maurer eine Ausschussung der hiesigen Verwaltungsstelle statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Quartalsbericht der Verwaltungsstelle, 2. Bericht der Zahlstellendelegierten, 3. Quartalsbericht des Verwaltungsstellen-Kassierers, 4. Referat des Kollegen Lange-Köhr; 5. Erlebigung von Anträgen; 6. Verschiedenes. Nachdem der Verwaltungs- und Zahlstellendelegierter erliebigt war, erging Bezirksleiter Kol. Lange das Wort zum Thema: Innerer Ausbau und Erfolge der Organisation. In klaren, von Begeisterung getragenen Worten verbreitete er über die Wichtigkeit des Ausbaues, sowie über die Erfolge der christlichen Bauarbeiter im Kölner Bezirk. Besonders wies er auf das Baubelegierten- und Vertrauensmänner-system hin und betonte, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, mitzuarbeiten, damit auf jeder Baustelle ein Baubelegierter gewählt und an jedem Ort ein Vertrauensmann vorhanden ist. Zu Punkt 5 ließ ein Antrag ein, eine Beschwerde an die städtische Verwaltung einzureichen gegen die städtische Bauverwaltung; von dieser wird den Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht gekaut, indem sie Arbeiter, welche in städtische Arbeit eingetreten, das Mitgliedsbuch abverlangte. Dadurch werden die Arbeiter direkt geschädigt, indem sie der bis dahin erlangten Rechte in der Organisation verlustig gehen. Von allen Seiten wurde das Vorgehen der Bauverwaltung scharf getadelt und einstimmig beschlossen, den Beschwerdebeweg zu beschreiten. Zur Punkt 6 appellarnten verschiedene Kollegen, den Bauarbeiterschutz etwas mehr zu pflegen; ebenfalls wurde die Anlegung einer Bibliothek angeregt. Mit einem kurzen Schlusswort schloß der Vorsitzende die Sitzung. Kollegen, jetzt gilt es, die gegebenen Anregungen in die Tat umzusetzen. Die Gleichgültigkeit muß abgeschüttelt werden und jeder als Agitator seine Schuldbiligkeit tun. In dem Emanzipationskampfe des Arbeiterstandes muß Opferfreudigkeit, Standesbewußtsein und Solidarität Tugend eines jeden Gewerkschafters sein. Deshalb treu der Organisation, jeder auf seinem Posten, und die Früchte werden nicht ausbleiben.

Neustadt (Wpr.). Am 17. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle der Maurer im Lokale des Herrn Schwierz ihre diesjährige Generalversammlung unter folgender Tagesordnung ab: 1. Berichterstattung des Vorstandes über die Tätigkeit im letzten Berichtsjahr, 2. Diskussion, 4. Neuwahl des Vorstandes, 5. Verschiedenes. Zum ersten Punkte legte der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal vor, die folgendes ergab: Die Einnahme für die Hauptkasse betrug nach Abzug der geleisteten Streikunterstützung und Rechtschutz 625,02 Mk., die für die Lokalasse 20,37 Mk. Neu aufgenommen wurden 16 Kollegen, zugereist 1, ausgeschrieben 4, sonst abgegangen 64, Gesamtbestand 224 gegen 275 am Schlusse des vorigen Quartals. Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht erstattet. Aus diesem ist besonders der in diesem Jahre für uns sehr vorteilhafte, ohne Kampf auf zwei Jahre abgeschlossene Tarifvertrag hervorzuheben. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. In den Vorstand wurden folgende Kollegen neu, resp. wiedergewählt: J. Dullowski, Danzigerstr. 15, erster, F. Renapfel, zweiter Vorsitzender; J. Schimanski, Danzigerstr. 24, erster, L. Dön, zweiter Kassierer; L. Wrobowitz, Danzigerstr. 26, erster, L. Wrobowitz, zweiter Schriftführer, sowie L. Lehmann, J. Dön und J. Wegner als Revisoren. Unter Verschiedenes brachte Kollege Wrobowitz einen Artikel des „Westf. Volksbl.“ zur Verlesung, der den Terrorismus der freien Gewerkschaften beleuchtet und am Schlusse allen zuruft: Hinein in die christlichen Gewerkschaften! Darin muß sich jeder organisieren, bis auf den letzten Mann! Wädhren doch auch die rückständigen Kollegen über diesen Mahnruf nachdenken. Besonders die Bauhilfsarbeiter müssen mehr Interesse für die Organisation an den Tag legen, und nicht bloß Mittläufer sein. Es ist durchaus zu bedauern, daß nicht nur viele Kollegen mit den Beiträgen rückständig sind, sondern auch die Versammlungen schlecht besucht werden.

Muhrt. (Quartalsbericht.) Die Verwaltungsstelle Hamborn-Wörz hielt am 13. Oktober ihre Generalversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Der Kassierer der Verwaltungsstelle, Kol. Schneider, gab die Abrechnung bekannt. Einige Punkte daraus wollen wir anführen. Der Kasienbestand der Lokalassen betrug 334,08 Mk. Es wurden 141 Eintrittsmarken verkauft und eine Einnahme von 6288,86 Mk. erzielt. Die Extrabeträge sind nicht in der Weise eingegangen, wie es erwartet wurde, sonst müßte die Einnahme bedeutend höher sein; dies muß daher noch nachgeholt werden. Die Einnahmen der Lokalassen mit dem Bestand vom vorigen Quartal betrug 1358,86 Mk. In Unterstützung für Kranke und Gemallegelte wurden 141,- Mark gezahlt. Die übrige Summe wurde an die Hauptkasse abgeführt. Der Mitgliederbestand am Schlusse des vorigen Quartals betrug 808. Rechnet man die Reuwaufgenommenen hinzu, so kann man sagen, daß es hier mit unserem Verband gut voran geht. Vergleicht man das dritte Quartal von 1906 mit dem angezogenen Quartal dieses Jahres, so ist ein Mehr von 4226,29 Mk. zu verzeichnen. Wenn man die Mitgliederbewegung in diesem Jahre etwas ins Auge faßt, so geht daraus hervor, daß sich unser Verband gut entwickelt hat, hoffen wir, daß es so anhält und der letzte Indifferenten unserer Organisation zugeführt wird. Nach einer in diesem Quartal ausgenommenen Statistik sind noch viele Subskripte im Gebiete vorgefunden worden; besonders die ausländischen Kollegen müssen mehr unserer Organisation zugeführt werden, damit wir in der Zukunft auf sie rechnen können. Weiter wurde in der Generalversammlung beschlossen, die Lokalassen aufzulösen und nur eine Verwaltungsstelle zu führen. Ferner die beiden Bezirke Duisburg-Mülheim mit dem unferigen zu verschmelzen, was ebenfalls angenommen wurde. Einige Punkte wurden der Bezirkskonferenz zur Regelung überwiesen. Die Kartellbeiträge werden von jetzt ab von jedem Mitglied durch Marken gelebt. Bezirksleiter Pfeffer hielt ein Referat über die Zentralfaktion in der Bewegung; welches lebhaften Beifall fand. Zum Schlusse der

Versammlung wurde von dem Delegierten das Versprechen abgegeben, weiter zu agitieren, damit sich der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands weiter entwidelt und Bahn bricht, dann wird auch am Niederrhein die Zukunft uns gehören.

Kassel, den 18. Okt. In unserer heutigen Generalversammlung wurden zunächst die Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung bekanntgegeben. In der darauf getätigten Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kollege Kortmann wiedergewählt; als zweiter Vorsitzender Kol. Ditmann, zu Kassieren die Kol. Schönweis und Philipp Jünemann; zu Schriftführern Ignaz Knoll und Heinrich Weiß, zu Revisoren Heinrich Conrad und Franz Fuch. Zum Bibliothekar wurde Kol. Pfenreuter bestimmt. In die Wohnkommission wurden Kortmann und Theodor Jünemann gewählt. Kollege Kortmann sprach der Versammlung für das geschenkte Vertrauen den Dank aus, und forderte den neugewählten Vorstand zu eifriger Tätigkeit auf; bescheiden alle Kollegen, damit der Fortschritt unseres Verbandes in Kassel auch für die Zukunft gewährleistet ist.

Wipperfürth. Auch hier hat der Gewerkschaftsgebäude unter den Kollegen sich Bahn gebrochen. Nach mehreren Versuchen hier am Orte eine Zahlstelle zu gründen, ist dies endlich gelungen. Obwohl die Unternehmer im Winter die Arbeit einstellen wollten, wenn die Kollegen sich organisieren würden, haben sich die Kollegen doch nicht abhalten lassen, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Man sieht aber, mit welchen Mitteln dem Arbeiter ein natürliches Recht abgetritten werden soll. Einmütig haben aber die Kollegen von Wipperfürth durch den Beitritt zum Verbands bewiesen, daß sie ihre Interessen selbst vertreten wollen, und nicht durch solche Drohungen sich einschüchtern lassen. Bewahren die Kollegen das Interesse an der Organisation und die Treue zum Verbands, dann wird man es nicht wagen, irgend welche Maßnahmen zu ergreifen, um ihnen das Recht der Koalitionsfreiheit freitrag zu machen. In Einigkeit weiterzuarbeiten, bis der letzte Bauarbeiter in Wipperfürth dem Zentralverbande christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands angehört, das muß unsere Forderung sein. Der Vorsitzende der Zahlstelle, Wam Becker, wohnt Gausstraße 13, auch zugleich der Kassierer. Der erste Schriftführer, August Becker, wohnt Klosterstr. 11. Der Hauskassierer, Chr. Schernmuth, wohnt Hohenstraße.

Sammerbad, den 20. Oktober. Als im Frühjahr dieses Jahres auch am hiesigen Orte eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet wurde, schlossen wir uns dem damals entwickelten Eifer und der Begeisterung unserer Kollegen, daß diese eine der lebhaftesten unseres Verbandes werden würde. Darin scheitern wir uns getäuscht zu haben, denn in der letzten Zeit ist eine geradezu auffallende Lauheit und Interesslosigkeit unter den Mitgliedern zu bemerken. Die Versammlungen werden schlecht besucht, den Zeitungsverbreitern geht man aus dem Wege, um nachher die bequeme Ausrede zu haben: Ich habe so und solange keine Zeitung mehr erhalten, wenn ich also rückständig mit den Beiträgen bin, seid ihr selbst schuld daran. Mit dieser Gleichgültigkeit muß unter allen Umständen aufgeräumt werden, und beschloß die letzte Monatsversammlung, eine erste Mahnung an die Säumigen ergehen zu lassen. Sollen wir uns in Zukunft wieder den Vorwurf machen lassen, wir wollten nur ernten, aber nicht säen? Am 1. April kommenden Jahres läuft auch unser Vertrag ab, und es ist unsere Pflicht, einen neuen und besseren schaffen zu helfen. Und dazu müssen die Vorarbeiten bald in die Hand genommen werden. Die größte Freude würden unsere hiesigen Genossen empfinden, wenn unsere Zahlstelle einging. Wenn unsere Kollegen nicht besser am Damme sind, dann können die Genossen Recht behalten, daß mit der Fertigstellung des Lehrerseminars unsere Zahlstelle auch „fertig“ sei, d. h. sie dann wieder eingehen würde. Sollen sie Recht behalten? Wir sagen: nein! Tue deshalb jeder Kollege seine Pflicht, die er als Arbeiter zu erfüllen hat, und werde wieder jeder ein eifriges Mitglied.

Rheinberg. Am Sonntag, den 20. Oktober, hielt unsere Zahlstelle ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege D. Wölin, als Kassierer Kollege Philipp Heep, als Schriftführer Kollege Joseph Pocha, als Revisoren die Kollegen Maas und Wölnahl gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl mit Dank an und versprachen, treu und eifrig für die Ausbreitung unserer Organisation in Rheinberg und Umgegend mitzuarbeiten. Alsdann erstattete Kollege Pocha Bericht von der dritten Generalversammlung, welche in Weidrich stattfand. Anschließend sprach Kollege Schilling über die Zahlung der Extrabeträge und deren Verwendung. Besonders scharf muß es beurteilt werden, daß die Kollegen, welche dem Verband schon mehrere Jahre angehören, den Vorstand und Hauskassierern die Arbeit so schwer wie möglich zu machen suchen, ja durch ihre Untermiatarbeit auf den Baustellen sogar die jüngeren Kollegen aufzuheben versuchen gegen den Generalversammlungsbeschluss. Ein derartiges Vorgehen muß aufs strengste beurteilt werden. In ausführlicher Weise legte er den Kollegen auseinander, wie dieselben verwendet werden sollten. Eine Entrectung könne der auf der Generalversammlung gefasste Beschluss nicht genannt werden. Angesichts der schwierigen Situation, der wir entgegengehen, muß jeder Kollege seinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber voll und ganz nachkommen. Wir dürfen uns an Opferwilligkeit von den Gegnern nicht übertreffen lassen, denn nur dann ist der Verband in der Lage, der an ihn gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Des weiteren erjuchte er die Kollegen, pünktlich und regelmäßig die Versammlungen zu besuchen, um den neu hinzutretenden Kollegen ein gutes Beispiel zu geben, sich in den Mitgliederversammlungen zu schulen und die jetzt noch ruhige Zeit durch kräftige Agitation auszunutzen, damit auch in Rheinberg in nicht allzu ferner Zeit einmal bessere Verhältnisse geschaffen werden. Bei der am 26. September in Rheinberg ausgenommenen Statistik wurden 65 Maurer und 50 Hilfsarbeiter angetroffen; davon sind christlich organisiert 28 Maurer, rot 15 Maurer, Hilfsarbeiter sind 22 christlich und sechs rot; indifferente sind 22 Maurer und 22 Hilfsarbeiter! Hier ist für unsere Kollegen noch ein ansehnliches Operationsfeld, hier heißt es: hinein in die Agitation, damit der letzte Maurer und Hilfsarbeiter für unsere Organisation gewonnen wird.

Soziales.

Ernüdung durch die Berufsarbeit.

Auf dem 14. Internationalen Kongress für Hygiene und Demographie, der dieser Tage in Berlin stattfand, machte in der 4. Sektion (Berufs-Hygiene und Fürsorge für die arbeitenden Klassen), der Regierungsbaumeister Eisner-Berlin höchst bemerkenswerte Ausführungen über die Ernüdung durch Berufsarbeit. Er hat eine Umfrage bei den Industriellen verschiedener Berufsweige veranstaltet und bestätigt gefunden, daß von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen, der deutsche, normale, d. h. gesunde, auf die Arbeit und die Arbeitsstelle eingewöhnte Arbeiter in der heute normalen Arbeitszeit ohne erhebliche Ueberstunden, bei den heutigen Fabrikverhältnissen und unter den heutigen sozialpolitischen Verhältnissen berufsmäßiger Pflicht bis zu einer Ernüdung arbeitet, welche ihn dauernd schädigt.

Und Regierungs- und Geh. Medizinalrat Dr. Roth-Potsdam erklärte: Um einer chronischen Uebermüdung vorzubeugen, müsse die Arbeitsintensität der Leistungsfähigkeit des Arbeiters an-

gepaßt sein. Je anstrengender die Arbeit und je weniger auszeichnend die Arbeitspausen sind, um die Ermüdungsstoffe fortzuschaffen, um so früher tritt Ermüdung ein und um so länger muß die Arbeitsdauer bemessen werden. Betriebsgefahren, hohe Temperaturen, gezwungene Körperhaltung, hohe Feuchtigkeitsgrade, heftige Erschütterungen, einseitige Beanspruchung einzelner Muskeln, unzureichende Ernährung und ungesunde Lebensführung beschleunigen den Eintritt der Ermüdung. Es muß in allen gewerblichen Betrieben auf ausreichende Zufuhr frischer Luft gesehen werden. Durch Fortbewegung aller auf eine rationelle Ernährung gerichteten Maßnahmen, Fernhaltung von alkoholischen Getränken und sonstige geeignete Maßnahmen wird einer ungünstigen Einwirkung dieser Faktoren zu begegnen sein. Arbeiten, die an die Verantwortlichkeit und Aufmerksamkeit der beschäftigten Personen besondere Anforderungen stellen und die mit andauernder geistiger Anstrengung einhergehen, sind geeignet, den vorzeitigen Eintritt der Ermüdung zu begünstigen. Dasselbe gilt unter Umständen von Eintönigkeit der Arbeit. Für die Beurteilung etwaiger Berufsschäden im allgemeinen und bei Folgen körperlicher und geistiger Ueberanstrengung im besonderen sind außerdem von einer entsprechenden Morbiditätsstatistik der Krankenkassen, die außer Zugehörigkeit zum Beruf auch die Altersgrenze zu berücksichtigen hatte, wertvolle Aufschlüsse zu erwarten.

Ein Privatdozent Dr. Liebes-Turin hielt es für höchst wünschenswert, daß alle Regierungen nach dem schon jetzt in Belgien, Holland, England und anderen Staaten vorhandenen Beispiel neben der gesetzlichen technischen Ueberwachung der Arbeit und Arbeitszeit eine planmäßige ärztliche Ueberwachung einführen.

Daß auch Arbeitgeber die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit anerkennen müssen, um der Ermüdung der Arbeiter vorzubeugen, erhellt aus einem Schriftstück, das erst dieser Tage die Kunde durch die Presse (S. „Vorwärts“, Nr. 226, 1907) machte. Da schreibt ein Unternehmer an einen seiner Kollegen:

„Antwortlich Ihres Geehrten bemerke ich, daß seit kurzem bei mir die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist. Ich habe dieses aus freien Stücken getan, da wir mit einer zehnstündigen Arbeitszeit nicht mehr durchkommen. Es wird bei mir von 7-12 und von 1 1/2-6 Uhr gearbeitet. Vor- und nachmittags 1/2stündige Pause. Der Lohnsatz ist bei mir 24-30 Mk. Alle Arbeiter sind bei vierzehntägiger Kündigung auf Stundenlohn, doch wird nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Sonnabend gleich den anderen Tagen. Von einer englischen Arbeitszeit kann nicht die Rede sein, da die Leute bei dem mangelhaften Frühstück zu schnell schlapp werden.“

Soziale Wahlen.

Mülheim (Ruhr). Am 16., 17. und 18. Oktober wurden hier die Gewerbevereinswahlen getätigt. Von den vollberechtigten 5840 wahlberechtigten Arbeitern übten nur 1739 ihr Wahlrecht aus, und zwar 882 in der Altstadt, 462 in Wrolich und 395 in Stryum. Bei der vorigen Wahl, die 1904 stattfand, wurden von 3200 eingetragenen Wählern nur 1400 Stimmen abgegeben. Zummerhin ist die Beteiligung in diesem Jahr etwas besser gewesen. Durchschnitlich erzielten die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften 865, die der freien Gewerkschaften 612, und die der Hirsch-Dunderschen 255 Stimmen. Die höchste Stimmengabe, die auf einen christlichen Kandidaten fiel, betrug 883, im Jahre 1904 702, mithin eine Zunahme von 181 Stimmen. Die Hirsche haben am schlechtesten abgeschnitten; gegenüber der vorigen Wahl haben sie 69 Stimmen verloren. Es geht nun einmal den Krebsgang mit ihnen, überall zeigen sich die Spuren ihres Verfalls. Die Christlichen erzielten drei, die Freien zwei und die Hirsch-Dunderschen einen Kandidaten. Die Besetzung des Gewerbevereins bestand seither aus sechs Christlichen (in Zukunft sieben), aus drei Freien (auch weiterhin so) und aus zwei Hirschen (gegen früher drei). Zummerhin ein Erfolg, mit dem wir einigermaßen zufrieden sein können. Wir wollen jedoch nicht auf diesen Erfolg ausruhen, sondern unsere Aufklärungs- und Agitationsarbeit noch schärfer wie bisher betreiben, damit der Erfolg 1909 ein besserer wird. Bei den früheren Wahlen war es üblich, daß bei Schluß der Wahlzeit die im Lokal anwesenden noch wählen konnten. Anders war es diesmal. Um acht Uhr wurde der Sitzungssaal abgeschlossen, während im Jahr und auf der Treppe noch mindestens 150-180 Mann standen. Alle Wähler, die um acht Uhr im Wahllokal waren und nicht wählen konnten, werden gebeten, ihre Wahlbescheinigung im christlichen Gewerkschaftshaus Ritter-Froschmeyer abgeben zu wollen. Es soll Protest eingelegt werden. Eine nicht ganz rühmliche Rolle bei der diesjährigen Wahlbewegung spielte der Lokalbeamte der roten Bauhilfsarbeiter, Kaufmann. Von dem christlichen Wahlvorsitzenden wurde ein streng sachliches Flugblatt in Druck gegeben, welches um eine bestimmte Stunde fertiggestellt und uns zugefandt werden sollte, um an die Wähler verteilt zu werden. Kurz vorher erscheint in der betr. Druckerei der Sekretär der roten Bauhilfsarbeiter, Kaufmann (Mülheim Ruhr, Goethestr. 15), gibt sich als christlicher Arbeiter aus und bemerkt, er habe Auftrag, die Flugblätter abzuholen. Der ahnungslose Drucker übermittelte demselben mehrere Tausend Flugblätter, und seitdem waren sie verstreut. Einen großen Teil fand man später im Scheunentor (Weberstr.). Er leugnet zwar, wurde aber durch eine Gegenüberstellung mit dem Drucker erkannt und überführt. Der Parteigewaltige Koes hat sich ja ebenfalls verplappert, indem er zugab, daß ihnen frühzeitig einige Exemplare unseres Flugblattes auf den Tisch geweht seien. Es war den Genossen möglich, auf unser Flugblatt zu antworten, ehe es unsere Wähler und der soziale Ausschuss in Händen hatten. Hiervon eine echte Handlungsweise der Genossen. Einen besseren Beweis, daß sie einen offenen Wahlkampf scheuen, konnten sie uns nicht bringen. Dieses Vorgehen hat den Gipfel der Gemeinheit erreicht. Wahrscheinlich, für die Mülheimer Genossen ist dies der höchste Grad - sozialdemokratischer - Bildung. Doch wir wollen aus dieser Kampfesweise für uns die nötige Lehre ziehen, und rufen jedem ehrlich denkenden Arbeiter zu: Lasse dich von einer solchen Schlipschaft nicht verführen!

Selbsttötung. Bei den Wahlen der 72 Vertreter zur Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse siegten die Kandidaten der christlichen Arbeiter. Diefelben erhielten 24 Stimmen, die sozialdemokratischen 135. Dieses ist die Quittung für die strapazenreiche Kampfesweise der Genossen gegen die christlichen Gewerkschaftler Selbsttötungs.

Landau. Einer sozialen Einsicht folgend, wurde seitens des Stadtrats ein Gewerbegericht für Landau errichtet, und die Wahlmänner auf den Antrag des christlichen Ortsrats eingeleitet. Landau zählt bekanntlich noch keine 2000 Einwohner. Bei der nunmehr zum erstenmal gefügigen Wahl erhielt die Liste der Sozialdemokraten 217, die des christlichen Ortsrats 129 und der Hirsch-Dunders 67 Stimmen. Auf die Christlichen entfielen zwei Bewerber und ein Ersatzmann. Die Sozialdemokraten kämpften hier genau so „anständig“ wie auch sonst. Als Unternehmungskategorie usw. wurden wir bezeichnet, so auch von dem Redakteur der „Rheinischen Post“. Sie glaubten auch schon, das Gewerbegericht ganz allein zu besetzen. Damit haben sie sich gründlich in die

Wesseln gesetzt. Für uns heißt es jetzt, desto eifriger arbeiten, damit wir in Zukunft noch größere Fortschritte machen.

Baunfälle.

Berlin, 19. Okt. Auf dem Wrißgrundstück an der Ecke der Jäger- und Charlottenstraße ereignete sich eine schwere Katastrophe, bei der sechs Arbeiter, davon einer tödlich, verletzt wurden. Das Gebäude ist bereits bis zur Höhe des zweiten Stockwerkes abgetragen. Heute nachmittag waren die Arbeiter damit beschäftigt, eine etwa acht Meter hohe freistehende Wand niederzureißen. Eine Reihe von Leuten kletterten auf die Mauer hinauf und versuchten mit Hilfe von Brecheisen Stöße zu lösen. Der Fall der Mauer wurde allmählich immer schwächer und schließlich stürzte sie unter lauten Gepolter zusammen. Sieben Arbeiter, die obenauf beschäftigt gewesen waren, wurden mit in die Tiefe gerissen. Sie kamen jedoch glücklicherweise mit äußeren Hautabschürfungen und Quetschwunden davon. Nur einer, der 32 Jahre alte Arbeiter Otto Straßbach aus der Mulackstraße 80, wurde dabei fürchterlich zugerichtet. Während die anderen Arbeiter bei dem Einsturz der Mauer zur Seite geschleudert wurden, fiel St. senkrecht in die Tiefe und wurde unter den Trümmermassen vollständig begraben. Als man ihn befreit hatte, fand man, daß das Stemmisen, mit dem er gearbeitet hatte, ihm bei dem Abbruch vollständig durch die Brust gestochen worden war. Am Oberkörper war das Eisen eingedrungen und am Rücken sah es noch zwölf Zentimeter hervor. Vermutlich war der Unglückliche direkt in das Eisen hineingefallen. In hoffnungslosem Zustand wurde St. in die Königl. Klinik eingeliefert.

Wofen. Am Neubau des Königl. Residenzschlosses ereignete sich am Donnerstag, den 24. Oktober ein bedauerlicher Unfall. Durch Ausrutschen der Leiter stürzte unser Verbandskollege Anton Wiczorek so unglücklich herunter, daß er erhebliche Kopfverletzungen davontrug. Nachdem ein Notverband angelegt war, wurde er in das Diakonissenhaus überführt.

Düren, den 21. Oktober. Am Neubau der Blindenanstalt ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Den Zimmerern, welche mit dem Ausschlag einer Flachwand beschäftigt waren, fiel diese nach außen hin um und riß das Gerüst mit drei Arbeitern in die Tiefe. Zwei kamen mit dem Schreck davon, einer mußte schwer verletzt zum Krankenhaus gebracht werden.

Literarisches.

„Die Bodenreform“, Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not, von U. Dammasche. 4. Auflage. 352 Seiten. Preis geb. 3,30 Mk. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Bodenreform“, G. m. b. H., Berlin NW. 23.

Es gibt in unserer Vaterlande noch eine große Anzahl derer, die die Bodenreformbewegung noch nicht einmal dem Namen nach kennen. Andererseits herrschen vielfach unklare Vorstellungen darüber. Wie überaus wichtig aber gerade diese Bewegung für die Gesamtheit unseres Volkes ist, vermag man sofort zu erkennen, sobald man sich einmal mit ihr beschäftigt. Die Bodenreform ist das A und O aller sozialen Reformen, ohne sie werden alle anderen in ihren Wirkungen illusorisch gemacht. Es erscheint deshalb durchaus notwendig, daß der Gedanke der Bodenreform immer mehr in alle sozial gestimmten Bevölkerungsschichten einbringt. Dabei bietet das Buch „Dammasches“, des Vorsitzenden vom „Bund deutscher Bodenreformer“, die beste Handhabe. In klarer und allgemein verständlicher Schreibweise führt der Verfasser den Leser in die Lehren der Bodenreform ein. Das Buch zeichnet sich von sonstigen national-ökonomischen Schriften auch noch dadurch aus, daß es keine besonderen Studien voraussetzt und von jedem Mann mit vollem Verstandnis gelesen werden kann. Wer das Buch gelesen hat, wird es nicht ohne innere Befriedigung weglegen können. Aus seinem Inhalt mögen noch einige Hauptkapitel genannt sein. Weber Kapitalismus und Kommunismus. — Die Bodenreform in den Städten. — Die Bodenreform und das Agrarproblem. — Die Bodenreform in Griechenland. — Die Bodenreform in Rom und ihre Lehren. — Henry George. — Die Hohenzollern und die Bodenreform. — Dammasches Schrift verdient die weiteste Verbreitung.

Briefkasten.

Nach Wiedenbrück. Die Extrabeiträge werden zur Stärkung der Verbandskasse aus dem Grund erhoben, da im kommenden Frühjahr für ungefähr 200 000 in Baugewerbe beschäftigte Arbeiter die im Laufe der letzten Jahre abgeschlossenen Tarifverträge zu Ende gehen. Unentwegt haben die Arbeitgeberverbände dem Ziel zugestrebt, hunderttausende Arbeiter an einem Tage entlassen, d. h. auspersen zu können; daher ihr Bemühen, sämtliche Tarifverträge in ganz Deutschland, wenn eben möglich, an einem einzigen Tage zum Ablauf zu bringen. Dagegen würden an die Unternehmungsklassen der Arbeiterorganisationen derartige Ansprüche gestellt, denen sie, bei ihrem heutigen Stande, nur kurze Zeit entsprechen könnten. Hört aber die Unterstützung der Organisation auf, so ist die siegreiche Durchführung eines Kampfes für die Arbeiter zur Unmöglichkeit geworden, sie müssen wieder zur Arbeit zurückkehren. Einen derartigen Zustand herbeizuführen ist die Absicht der Unternehmer; sie werden uns dann die ungünstigsten Bedingungen, wie z. B. die Beseitigung des Mindestlohnes usw. vertraglich auf Jahre hinaus, aufzwingen. Da uns also eine derartige Gefahr für das kommende Frühjahr droht, und wir dieser nur mit einer starken Verbandskasse begegnen können, hat die Generalversammlung ihr Interesse der Erhebung des Extrabeitrages beschlossen. Ihr scheint übrigens auch nicht zu den besten Lesern der „Baugewerkschaft“ zu gehören, ihr müßt ihr sonst dieses doch längst wissen, da wir das schon des öfteren dorthin selbst ausführten.

Bekanntmachungen.

Aufforderung. Der Kollege Franz Czoch, Buch-Nr. 116 980, wird hierdurch aufgefordert, umgehend seinen Verpflichtungen als Hauskassierer der Zahlstelle Berlin gegenüber nachzukommen. Kollegen, die den Aufenthalt des F. Czoch kennen, werden ersucht, davon dem Kassierer der Zahlstelle Berlin i. B., Josef Sauerbier, Kampstraße 12, Mitteilung zu machen.

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 127 838 lautend auf Andreas Vormann und 129 890 lautend auf Ferdinand Schulz von der Zahlstelle Braunsberg, Ostpr.

Bezirk Paderborn. Mit Genehmigung des Hauptvorstandes berufe ich nach § 8 Absatz d, des Statuts, eine Bezirks-Konferenz für den Bezirk Paderborn ein. Diefelbe findet statt am 17. November, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Rues, Domstraße Paderborn.

Tagesordnung:
1. Bericht des Bezirksleiters.
2. Bericht der Delegierten.
3. Vortrag des Kollegen Wieberg über Zentralisation und Agitation.
4. Verschiedenes.
Die Verwaltungskosten werden ersucht, einen Delegierten zu entsenden. Die entstehenden Kosten haben die Verwaltung stellen zu tragen. Anträge sind bis zum 14. November einzureichen.
Friedrich Werner, Bezirksleiter, Brüderstraße 17.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in Jüdenbeck.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	M. 850
„ der Lokalkasse der Zahlstelle	11
Summa	861
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	821
„ Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	11
Für Fortschaffung Zugereister	4
„ Porto und Schreibmaterial	1
An die Hauptkasse zurück	28
Summa	861

Die Richtigkeit beglaubigt:
Friedrich Werner.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in Seehausen.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	M. 640
Summa	640
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	642
„ Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	8
Für Fortschaffung Zugereister	50
„ Porto und Schreibmaterial	44
An die Hauptkasse zurück	12
Summa	640

Die Richtigkeit beglaubigen:
Franz Daz - Köln. Josef Weder - Köln.

Abrechnung vom Streik der Zimmerer in W. Gladbach.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	M. 1200
An Zuschlagsbeitrag	89
Summa	1289
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	1126
Für Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	50
„ Fortschaffung Zugereister	3
„ Porto und Schreibmaterial	12
An die Hauptkasse zurück	47
Summa	1289

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
Karl Stang, Wilh. Maibaum.
Die Streikleitung:
Karl Mägges, Anton Hies.

Abrechnung vom Streik der Steinarbeiter in Wunsiedel.

Einnahmen:	
Aus der Zentralkasse	M. 470
Summa	470
Ausgaben:	
An Streikunterstützungen	402
Für Porto und Schreibmaterial	4
An die Hauptkasse zurück	8
Summa	470

Die Richtigkeit beglaubigen:
Die Revisoren:
Georg Roserl, Alois Koenig, Alex Reidl.
Die Streikleitung:
Georg Schraml.

Verfammlungskalender.
Hochhaide, Samstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Friederich.

Sterbekriefel.
Am 9. Oktober starb unser Mitglied F. Rückmüller im Alter von 86 Jahren an Luftröhrentarakt und Gehirnschwäche.
Zahlstelle Heiligenstadt.
Am 16. Oktober starb unser Mitglied Andreas Zander im Alter von 57 Jahren infolge eines Schlaganfalls.
Zahlstelle Braunsberg, Ostpr.
Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen-Teil.

Achtung! Heiligenstadt.
Sonntag, den 3. November, vormittags 11 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Verbandslokale.
Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Aufstellung eines neuen Lohn tariffs. (1,90)
Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Vorstand.

Achtung! Oberfeld (Maurer und Bauhilfsarbeiter).
Samstag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung. (2,70)
Tagesordnung: 1. Kassen- und Jahresbericht. 2. Erlebigung der Anträge. 3. Vorstandswahl.
Bezirksleiter Lange wird anwesend sein.
Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik
Ramberg (Wfalz).
Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Sorten Bürstenwaren
für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingehenden Mustern prompt und billig.
Rustertollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.